

Thomas Sablowski • Etienne Schneider • Felix Syrovatka*

Krise und Regulation des Kapitalismus in der Europäischen Union

Zusammenfassung: Seit der Eurokrise wurden in der Europäischen Union grundlegende Veränderungen im europäischen Regulationsmodus, insbesondere in der Regulation des Geld-, Lohn-, und Konkurrenzverhältnisses angestoßen. Diese Veränderungen resultierten einerseits aus den geopolitischen Verschiebungen der letzten Jahre, andererseits aus dem Versuch, die infolge der Eurokrise entstandenen Krisentendenzen zu bearbeiten. Damit verbunden waren durchaus deutliche Brüche in der neoliberalen Integrationsweise, die die Frage nach einer neuen Entwicklungsweise in der Europäischen Union aufwerfen.

Schlüsselwörter: Europäische Integration, Regulationstheorie, Eurokrise, COVID-19, Industriepolitik, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik

Crisis and Regulation of Capitalism in the European Union

Abstract: Since the Euro crisis, fundamental changes have been initiated in the European Union's mode of regulation, especially in the regulation of monetary, wage and competition relation. These changes have resulted on the one hand from the geopolitical shifts of recent years and on the other hand from the attempt to deal with the crisis tendencies that arose as a result of the Euro crisis. This was linked to clear breaks in the neoliberal mode of integration, which raises the question whether a new mode of development in the European Union is emerging.

Keywords: European Integration, Regulation Theory, Eurocrisis, COVID-19, Industrial Policy, Social Policy, Economic Policy

* **Thomas Sablowski** ist Referent für politische Ökonomie der Globalisierung des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der PROKLA. | **Etienne Schneider**  ist Doktorand an der Universität Wien und forscht zur Politischen Ökonomie der Europäischen Union. Er ist Redakteur der PROKLA. | **Felix Syrovatka**  ist Postdoktorand an der Freien Universität Berlin und Koordinator des Forschungskollegs »Gerechtigkeit durch Tarifvertrag«. Er ist zudem Redakteur der PROKLA.

1. Die EU im Spannungsfeld zwischen den USA und China

Alex Demirović hat in seinen Beiträgen zur Weiterentwicklung der Regulationstheorie betont, dass Intellektuelle und ihre Wissenspraktiken maßgeblich zur Regulation von Widersprüchen sozialer Verhältnisse und damit zur erweiterten Reproduktion des Kapitals und zur Stabilisierung der Akkumulation beitragen (vgl. Demirović 1992). Ein aktuelles Beispiel für das Handeln organischer Intellektueller in diesem Sinne ist die Debatte über die Auswirkungen der geopolitischen Verschiebungen durch den Aufstieg Chinas auf die Exportstrategie des deutschen Kapitals. So veröffentlichte etwa die Bertelsmann-Stiftung zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) im Sommer 2020 eine Studie, in der fünf Entwicklungsszenarien der geostrategischen Rivalität zwischen den USA und China mit Blick auf die besondere Rolle der Europäischen Union (EU) entworfen werden. Die Szenarien sind in rund 30 Gesprächsrunden mit über 70 Teilnehmer*innen aus Wirtschaft, Verbänden und Politik unter der Fragestellung diskutiert worden, welche Auswirkungen sie »auf deutsche Unternehmen, mögliche Reaktionsmuster und strategische Ableitungen« (Bertelsmann-Stiftung 2020: 6) haben. Folgt man den Überlegungen von Demirović, so stellt die Studie das Ergebnis eines maßgeblichen Selbstverständigungsprozesses kollektiver Intellektueller der herrschenden Klasse über eines der zentralen Probleme des Blocks an der Macht in Deutschland dar: die globale Rolle der Europäischen Union angesichts veränderter Kräfteverhältnisse und neuer geopolitischer Konstellationen.

Die Bertelsmann-Studie offenbart eine große Übereinstimmung der befragten Unternehmen in ihrem »Wunsch nach Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, nach einem starken Europa« (Bertelsmann-Stiftung 2020: 49). Aus der Perspektive der Unternehmen sei es »notwendig, dass mehr nationale Souveränität an die EU abgetreten werden müsse. Weitere EU-Austritte müssten unbedingt verhindert werden« (ebd.). Allerdings stellen die Autoren auch fest, dass die Vorstellungen in verschiedenen Politikfeldern auseinandergehen. Besonders die sogenannten »mittelständisch geprägten« Unternehmen sähen »in klassischen ordnungspolitischen Prinzipien wie Privateigentum und Wettbewerb einen zentralen Ansatz zur Stärkung Europas in der Welt. Die EU müsse wirtschaftspolitisch robuster werden, etwa durch den Abbau von Schulden oder die Ausdehnung wirtschaftlicher Freiheiten. EU-Regeln sollten durch ein starkes europäisches Wettbewerbsregime besser durchgesetzt werden, etwa im Bereich der Digitalisierung« (ebd.). Andere Unternehmen dagegen erkennen »in staatlich gelenkter Industriepolitik eine Möglichkeit zur Stärkung der EU« (ebd.). Viele

erhofften sich zudem, »dass es Europa gelingt, politische Spielräume in der Konfrontation zwischen den USA und China für sich zu bewahren und dabei seine Industriestandards zu erhalten« (ebd.: 50). Dies sind Hinweise auf einen grundlegenden Konflikt im deutschen Machtblock. Er berührt einerseits die Spaltung zwischen großen und kleinen Unternehmen vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz, andererseits offenbart er das Dilemma, dass die gleichzeitige Orientierung auf die transatlantische Partnerschaft und auf die Wachstumsmärkte im eurasischen Raum zunehmend in Widerspruch zueinander geraten.

Angesichts der geopolitischen Herausforderungen, der akuten Desintegrationstendenzen und der zugleich bestehenden Differenzen innerhalb der herrschenden Klassen in der EU stellt sich die Frage, wie realistisch der Wunsch nach einer starken und global handlungsfähigen EU ist. Wie haben sich die Positionen in den Machtblöcken innerhalb der EU und damit auch die EU-Politik seit der Eurokrise und vor dem Hintergrund geopolitischer Dynamiken verschoben – und welche Brüche und Kontinuitäten im europäischen Regulationsmodus waren damit verbunden? Im folgenden Text wollen wir uns diesen Fragen aus einer regulationstheoretischen Perspektive annähern. Wir argumentieren, dass im Bemühen, die EU als handlungsfähigen geopolitischen Akteur zu positionieren, grundlegende Veränderungen im europäischen Regulationsmodus angestoßen werden. Diese Veränderungen sind der Versuch, Krisentendenzen im Nachgang der Eurokrise zu bearbeiten, die ihrerseits bereits Ausdruck der Krisentendenzen des postfordistischen, finanzdominierten Akkumulationsregimes und der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise waren. Um diese Kaskade von Krisenprozessen nachzuzeichnen, skizzieren wir zunächst, ausgehend von einer kurzen Rekapitulation der postfordistischen Europäisierung der Regulation (Abschnitt 2), die Widersprüche und Krisentendenzen des neueren Akkumulationsregimes und der genannten Integrationsweise (Abschnitt 3). Im Anschluss daran beleuchten wir die Europäisierung des Lohnverhältnisses und die Rekonfiguration des Geld- und Kreditverhältnisses in Reaktion auf die Eurokrise (Abschnitt 4), um vor diesem Hintergrund die aktuellen Brüche im Regulationsmodus nachzuzeichnen (Abschnitt 5).

2. Postfordismus und Europäisierung der Regulation

Ausgangspunkt des Regulationsansatzes waren die fordistische Entwicklungsweise und ihre Krise (Aglietta 1979; Lipietz 1998). Ging Marx von einer inhärenten Widersprüchlichkeit und Krisenhaftigkeit des Kapitalismus aus, insbesondere aufgrund des Gegensatzes von Arbeit und Kapital und der

Tendenz zur Überakkumulation, so beschäftigte sich der Regulationsansatz im Anschluss daran mit der Frage, warum sich dennoch relativ stabile kapitalistische Entwicklungs- und Prosperitätsphasen herausbilden können, die auf einer spezifischen Regulation dieser Krisentendenzen und Widersprüche beruhen. Demirović (2003) hat in seiner Auseinandersetzung mit dem Regulationsansatz im Anschluss an Lipietz (1985) die Bedeutung des »stroboskopischen Effekts« für das Verständnis des Regulationsbegriffs betont. Dieser Effekt stellt sich ein, wenn an sich dynamische Prozesse als verlangsamt oder stabil erscheinen: Filmt man einen sich schnell drehenden Propeller, so scheint es bisweilen, als würde sich dieser nur langsam bewegen oder gar stillstehen. Aus der Perspektive des Regulationsansatzes entsteht dieser Effekt auch durch funktionalistisch oder kapitallogisch argumentierende Versionen des Marxismus: Die Reproduktion des Kapitalismus erscheint überwiegend stabil, obwohl sich dessen Entwicklungsweisen nur durch mannigfaltige Konflikte und Widersprüche hindurch reproduzieren. Aber womöglich – so legt Demirović nahe – bringt der Regulationsansatz auch selbst einen stroboskopischen Effekt hervor. Das Denken in Abfolgen von Entwicklungsweisen kann dazu verleiten, gesellschaftliche Dynamik zu unterschätzen. Wie durch ein blitzartiges Stroboskoplicht fokussieren wir auf die Standbilder aufeinanderfolgender Entwicklungsweisen, und vernachlässigen die Bewegungen, die zwischen diesen Bildern im Dunkeln ablaufen. Dieser Überlegung folgend geht es uns in diesem Beitrag darum, eine sich womöglich abzeichnende »Dunkelphase« auszuleuchten: Wir nehmen aktuelle Bewegungen und Entwicklungsdynamiken im Akkumulationsregime und in der Regulationsweise des Eurokapitalismus in den Fokus, die sich noch nicht zu einem neuen »Standbild« einer neuen, kohärenten Entwicklungsdynamik zusammenfügen – durchaus aber einen Bruch mit der aktuellen Entwicklungsweise markieren könnten. Dabei verfolgen wir den Gedanken, dass Regulations- und Entwicklungsweisen grundlegende Widersprüche und Krisentendenzen nicht still stellen, sondern von diesen durchzogen bleiben. Mehr noch: Die spezifische Regulation dieser Widersprüche und Krisentendenzen bringt neue Widersprüche und Krisentendenzen hervor, die wiederum, gleichsam kaskadenhaft, Veränderungen in den Formen der Regulation anstoßen usw.

Die Strategien zur Überwindung der Krise des Fordismus, die sich durchgesetzt haben – die beschleunigte Automation von Arbeitsprozessen, die Intensivierung der Arbeit, die »Verschlankung« der Produktionsprozesse, die Fragmentierung der Belegschaften durch Outsourcing, Produktionsverlagerungen zum Zweck der Kostensenkungen usw. – haben die Lohnabhängigen letztlich geschwächt und dadurch die Profitabilität der Unternehmen wiederhergestellt. In Europa spielte der regionale Integrationsprozess eine beson-

dere Rolle in der Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und der Durchsetzung einer postfordistischen Regulationsweise (vgl. Röttger 1997; Bieling/Steinhilber 2000). Die Regulation des Kapitalismus auf nationaler Ebene wurde seit den 1980er-Jahren verstärkt von Formen der Regulation auf der Ebene der EG beziehungsweise EU überlagert und teilweise durch diese ersetzt. Damit wurde sie partiell den in den Mitgliedstaaten verdichteten Kräftekonstellationen entzogen – ein Prozess, der als asymmetrische Europäisierung der Regulation beschrieben werden kann (ähnlich Holman 2004). Hinsichtlich der Regulation der Konkurrenz setzten Europäische Kommission und Europäischer Gerichtshof eine Dynamik »kompetitiver Deregulierung« (Ziltener 1999) in Gang: Nationale Regulationsformen wurden sukzessive unterhöhlt oder gar als binnenmarkthemmend verworfen. Noch umfassender wurde die Regulation des Geldverhältnisses mit der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) europäisiert: Geld- und währungspolitische Kompetenzen wurden zu einem supranationalen Staatsapparat – der EZB – verlagert und deren monetaristische Ausrichtung im EU-Primärrecht verankert (Stützle 2013). Die Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten wurde durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) umfassend beschränkt und dem Disziplinierungsdruck der Finanzmärkte ausgesetzt. Auch die Regulation des Lohnverhältnisses wurde dadurch indirekt berührt, wenngleich sie formal bis zur Eurokrise 2009ff. weitgehend Angelegenheit der einzelnen Mitgliedstaaten und der dortigen Tarifparteien und betrieblichen Akteure blieb (Syrovatka 2022a: 127ff.).

Die Lohnabhängigen wurden mit der Durchsetzung dieser marktliberalen Integrations- und Regulationsweise vierfach geschwächt: 1. Kernelemente neoliberaler Wirtschaftspolitik wurden nach dem Prinzip des »neuen Konstitutionalismus« (Gill 1998) in supranationalen Rechtsordnungen verankert, wo sie demokratischer Einflussnahme weitgehend entzogen sind. 2. Supranationale Staatsapparate wie die EU-Kommission oder die EZB sind gegenüber Kräften »von unten« besonders stark abgeschirmt (Wissel 2015), zumal die Organisation von Interessen auf supranationaler Ebene besonders ressourcenaufwändig ist (Eberhardt 2012). 3. Die Interessen der Lohnabhängigen können sich in den intergouvernementalen europäischen Verhandlungsterrains lediglich durch das »Nadelöhr« nationaler Exekutiven artikulieren und bleiben dort folglich besonders marginalisiert (Oberndorfer 2012). 4. Die Lohnabhängigen in Europa wurden im Zuge kompetitiver Deregulierung und Binnenmarktintegration verstärkt miteinander in Konkurrenz gesetzt, was die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften nachhaltig schwächte (Schulten 2004).

Im Zuge des Integrationsprozesses entstand eine hybride Form von Staatlichkeit, in der supranationale Staatsapparate und intergouvernementale Aushandlungsprozesse auf spezifische Weise verbunden sind. Um diese eigen-

tümliche Form von Staatlichkeit zu begreifen, muss jedoch – wie Demirović (2000: 63f.) betont hat – das juristische Staatsverständnis überwunden werden, das den Staat auf seine formale Struktur reduziert. Nur so kann der Staat im erweiterten Sinn als »politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang« (Gramsci 1991: 783) begriffen werden. Auch aus dieser erweiterten Perspektive bildet die EU derzeit jedoch keinen vollwertigen Staat, da sowohl die Zivilgesellschaft als auch die politische Gesellschaft weiterhin weitgehend nationalstaatlich fragmentiert sind. Zwar kann – wie Demirović (2000: 69) herausgearbeitet hat – durchaus von einer »sich entwickelnden europäischen Zivilgesellschaft« gesprochen werden, die durch transnationale Kommunikationsstrukturen, Sport- und Kulturveranstaltungen, Medien und grenzüberschreitenden Austausch, interkulturelle Verständigung sowie transnationale Bewegungsstrukturen gebildet wird. Jedoch bleiben diese Strukturen überwiegend nur kleinen gesellschaftlichen Gruppen zugänglich, die über ausreichende finanzielle Möglichkeiten und akademische Bildung verfügen. Durch diese hohen Eintrittshürden wird auf europäischer Ebene ein exklusiver Elitendiskurs konstituiert, über den zwar Aushandlungsprozesse und die Konsensproduktion innerhalb der herrschenden Klassen organisiert werden können. Die Universalisierung von Interessen und Positionen im hegemonialen Sinne wird jedoch nur durch die Übersetzung in die nationalen zivilgesellschaftlichen Räume möglich. In ähnlicher Form sind auch die Staatsapparate im engeren Sinne national fragmentiert. Mittlerweile existieren zwar mit dem Euro ein transnationales Geld und eine Europäische Zentralbank und es gibt einen Europäischen Gerichtshof (EuGH), aber kein supranationales Gewaltmonopol. Trotz Frontex, Europol und ersten Ansätzen eines EU-Militärs sind die repressiven Staatsapparate vorwiegend auf nationaler Ebene angesiedelt. Die ungebrochene Bedeutung der nationalen Ebene innerhalb des Ensembles der europäischen Staatsapparate drückt sich auch darin aus, dass die Europäische Kommission zwar zentral für die Formulierung der politischen Agenda in der EU ist, aber ebenso wie das EU-Parlament ohne die im Rat versammelten nationalen Regierungen nichts beschließen kann.

Dem entspricht die nationalstaatliche Formierung von Klassen und Machtblöcken innerhalb der EU. Wie Kees van der Pijl (1984) von einer transatlantischen herrschenden Klasse oder gar wie William Robinson (2004) von einer globalen Kapitalistenklasse in einem globalen Staat auszugehen, ist unseres Erachtens verfehlt, wenn darunter die Aufhebung der nationalen Machtblöcke verstanden wird. Auch in Bezug auf die EU sind die empirischen Evidenzen für eine einheitliche herrschende Klasse eher dünn. Diagnosen einer transnationalen Kapitalistenklasse beruhen häufig auf der Betrachtung von

Kapital- und Personalverflechtungen sowie Aktivitäten der größten börsennotierten transnationalen Konzerne. Dabei wird jedoch davon abstrahiert, dass diese nur einen Teil der jeweiligen Machtblöcke bilden, auch wenn sie sehr einflussreich sind. So schließt Bastiaan van Apeldoorn (2002) etwa von den Aktivitäten des European Roundtable of Industrialists (ERT) auf die Entstehung einer transnationalen Kapitalistenklasse – unseres Erachtens ein problematisches Verfahren, so verdienstvoll seine Studie auch ist. Eher wäre es angemessen, von transnational orientierten Klassenfraktionen innerhalb der nationalstaatlichen Machtblöcke zu sprechen. Diese transnational orientierten Klassenfraktionen bilden insofern einen europäischen Machtblock, als sie sich durch trans- und supranationale Netzwerke und Organisationen wie den ERT oder BusinessEurope organisieren, in den europäischen Eliten diskurs und die Auseinandersetzung über die Regulation auf europäischer Ebene intervenieren und wirtschaftlich eng miteinander verflochten sind. Damit wirken sie auch auf die Kräfteverhältnisse in den nationalen Machtblöcken ein, ihre Interessen werden in den nationalen Gesellschaftsformationen gewissermaßen »interiorisiert« (Poulantzas 1975), die nationalen Machtblöcke gehen jedoch nicht einfach in einem transnationalen europäischen Machtblock auf.

3. Die Widersprüche der postfordistischen Entwicklungsweise und der asymmetrischen Regulation in der EU

Die Überwindung der Krise der fordistischen Entwicklungsweise durch die oben skizzierte Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die asymmetrische Europäisierung der Regulation brachte jedoch neue Widersprüche hervor. Die Schwächung der Lohnabhängigen durch die postfordistische Reorganisation der Produktion drückte sich in sinkenden Lohnquoten aus. Die Reallohnzuwächse blieben hinter den Produktivitätszuwächsen zurück und stagnierten. Die unteren Schichten der Arbeiterklasse erlitten absolute Reallohnverluste. Makroökonomisch bedeutete dies, dass der Lohn als Komponente der effektiven Nachfrage relativ an Bedeutung verlor. Dies wurde teilweise durch eine steigende Verschuldung privater Haushalte kompensiert, die einen weiter expandierenden Massenkonsum trotz stagnierender Reallöhne ermöglichte. Die globale Finanzkrise ab 2007 verdeutlichte allerdings die Schranken dieses Prozesses (vgl. Demirović/Sablowski 2013: 199ff.).

Die Nachfragerücke, die sich durch die sich öffnende Schere zwischen Produktivitäts- und Reallohnzuwächsen ergab, hätte theoretisch auch durch vermehrte Unternehmensinvestitionen, also eine beschleunigte Kapitalakkumulation geschlossen werden können. Allerdings verlief die Kapitalakku-

mulation in den alten kapitalistischen Zentren zunehmend schleppend. Dies hat einerseits mit den Produktionsverlagerungen an Niedriglohnstandorte zu tun, die Teil der postfordistischen Restrukturierung waren. Es kam zu einer relativen räumlichen Verschiebung der Schwerpunkte der Kapitalakkumulation, wobei vor allem der Aufstieg Chinas zu einem neuen Zentrum der Akkumulation heraussticht (vgl. Sablowski 2021: 135). Andererseits war die schleppende Kapitalakkumulation in den alten kapitalistischen Zentren auch der Finanzialisierung der Produktion geschuldet. Die Durchsetzung der Shareholder-Value-Orientierung bei den börsennotierten Unternehmen bedeutete, dass sich die Hürde für Investitionen in fixes Kapital erhöhte. Gewinne wurden nicht mehr im selben Maß wie früher in den Unternehmen reinvestiert, sondern an die Anteilseigner ausgeschüttet. Statt der Expansion in neue Geschäftsfelder stand eher die Fokussierung auf Kerngeschäfte und Kernkompetenzen auf der Tagesordnung. Dies hing einerseits damit zusammen, dass die Unternehmen unter den Bedingungen der verschärften Weltmarktkonkurrenz ihre Ressourcen auf die internationale Expansion konzentrieren mussten, andererseits war dies auch ein Resultat der kapitalmarktorientierten Unternehmensführung, denn aus der Perspektive der Kapitaleigner war eine effiziente Kapitalallokation eher gegeben, wenn sie selbst in unterschiedliche Unternehmen investierten, als wenn sie ihr Kapital Konglomeraten überließen, die im Zweifelsfall unprofitable Unternehmenseinheiten durch Quersubventionen mitschleiften. Im Ergebnis beschleunigte sich die Akkumulation des fiktiven Kapitals, während die Akkumulation des industriellen Kapitals dahinter zurückblieb – eine Entwicklung, die als Herausbildung eines finanzdominierten Akkumulationsregimes beschrieben wurde (Demirović/Sablowski 2013). Dieser Widerspruch musste periodisch zu Finanzkrisen führen, in denen ein Teil des fiktiven Kapitals vernichtet wurde und die Wertpapierkurse wieder stärker an die realen Restriktionen des industriellen Kapitalkreislaufs angepasst wurden (vgl. ebd.: 203ff.).

Auch die staatliche Nachfrage wurde durch die marktliberale Fiskalpolitik eingeschnürt. Unternehmens- und Vermögenssteuern wurden gesenkt, während zugleich Sozialleistungen abgebaut, staatliche Unternehmen und Dienstleistungen privatisiert und öffentliche Investitionen aufgeschoben wurden. Um der Überproduktion entgegenzuwirken, verfolgten einige Länder des europäischen Zentrums, wie Deutschland oder die Niederlande, eine Beggar-my-neighbour-Politik, das heißt sie versuchten, die Lücke zwischen Produktion und Konsumtion auf dem Binnenmarkt durch vermehrte Exporte zu schließen. Diese allgemeinen Tendenzen des finanzdominierten Akkumulationsregimes überlagerten sich in der EU mit der hierarchischen europäischen Arbeitsteilung und nahmen daher in den einzelnen Mitgliedstaaten je

spezifische Formen an. Einige wenige Länder, an erster Stelle Deutschland, erzielten hohe Leistungsbilanzüberschüsse. Die teils negative Lohnentwicklung steigerte noch die internationale Konkurrenzfähigkeit dieser Länder, während die Stagnation der Investitionen sich kurzfristig nicht negativ bemerkbar machte, auch wenn sie längerfristig zu Problemen führen musste. Hohe und wachsende Überschüsse bei den Warenexporten waren hier von komplementären Kapitalexporten begleitet.

In den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten – bis zur globalen Finanzkrise und der ihr folgenden Welle der Austeritätspolitik die Mehrzahl der EU-Staaten – verdeckten dagegen wachsende Kapitalimporte die sinkende Konkurrenzfähigkeit. Die Wachstumsraten des Sozialprodukts waren zwar hoch, angefeuert durch einen kreditfinanzierten Boom des Konsums, aber die hohen Kapitalzuflüsse resultierten nicht in einer entsprechenden Modernisierung und Ausdifferenzierung des Produktionsapparats. Im Gegenteil, die Ausweitung der innereuropäischen Kapitalflüsse und der Leistungsbilanzungleichgewichte bedeutete eine Verfestigung der hierarchischen innereuropäischen Arbeitsteilung und vor allem eine sukzessive Deindustrialisierung. Dies betraf nicht nur semiperiphere Staaten mit einem seit jeher schmalen Produktionsapparat wie etwa Irland, Griechenland, Portugal und Spanien, sondern auch Italien und Frankreich. In Teilen Osteuropas kam es dagegen nach der Deindustrialisierung der frühen 1990er-Jahre zu einem Prozess der Reindustrialisierung, der allerdings weitestgehend von den transnationalen Konzernen aus den alten kapitalistischen Zentren abhängig blieb. In vielen Fällen wurden diese Länder lediglich als »verlängerte Werkbänke« genutzt (Sablowski u.a. 2018). Deutschland konnte trotz der Produktionsverlagerungen nach Osteuropa und Fernost im Vergleich zu Italien oder Frankreich eine relativ hohe Quote industrieller Beschäftigung aufrechterhalten. Die wachsenden innereuropäischen Ungleichgewichte entwickelten sich zunehmend zum Sprengsatz für die europäische Integration, wie durch die Eurokrise und die zunehmende Stärkung nationalistischer, rassistischer und autoritär-populistischer Kräfte offenkundig wurde.

Diese grundlegenden Krisenprozesse wurden in der EU durch eine asymmetrisch wirkende Regulation verstärkt. Sie ermöglichte, dass die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zuungunsten der Arbeitsklasse verschoben und institutionell festgeschrieben wurden (siehe oben), allerdings führten sie zugleich zu einer wachsenden Inkohärenz der strukturellen Regulationsformen. Dies zeigte sich insbesondere in der Regulation des Lohn- und Geldverhältnisses in der EU: Während die Regulation des Lohnverhältnisses zunächst noch in den Mitgliedsstaaten verblieb, kam es mit der WWU zu einer Europäisierung des Geldverhältnisses. Dadurch wurden gezielte währungs-

und geldpolitische Anpassungen verhindert, die bei einer divergierenden Lohn- und Inflationsentwicklung innerhalb des Binnenmarktes notwendig gewesen wären (Höpner/Lutter 2018). So wurde die ungleiche Entwicklung zwischen den Mitgliedstaaten innerhalb der europäischen Arbeitsteilung verschärft (Becker/Jäger 2012). Zugleich existieren keine Ausgleichsmechanismen, die der ungleichen Entwicklung effektiv entgegenwirken können. Die europäische Kohäsionspolitik war dazu wegen ihres beschränkten Umfangs und ihrer Ausrichtung nicht in der Lage (Dörr 2017).

4. Die Bearbeitung der Eurokrise

Die ungleiche Entwicklung zwischen den Mitgliedsstaaten stellte eine wesentliche Ursache für den Ausbruch der Eurokrise 2009 dar. Seitdem kam es im Rahmen eines »autoritären Krisenkonstitutionalismus« (Bieling 2013) zu grundlegenden Verschiebungen in der asymmetrischen europäischen Regulation. Eine wesentliche Verschiebung in der Regulation des Eurokapitalismus stellte die partielle Europäisierung der Regulation des Lohnverhältnisses dar. Ausgangspunkt für die Reformen war, dass einige Mitgliedsstaaten von der Krise stärker betroffen waren als andere. Dies wurde darauf zurückgeführt, dass in jenen die Löhne zu hoch und die arbeitsrechtlichen Regelungen zu starr gewesen seien. In einem konflikthaften Prozess wurde ein europäisches Narrativ durchgesetzt, das die divergierende Regulation des Lohnverhältnisses in den Mitgliedsstaaten zur vermeintlichen Ursache der ungleichen Entwicklung in der EU machte. Ausgehend von den Leistungsbilanzdefiziten wurde vonseiten der EU eine wettbewerbsorientierte Lohn- und Arbeitspolitik definiert, die als wesentliches Ziel die Reduktion der »Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften« (COM 2012) ausgab. Aus der Perspektive der Regulationstheorie wurde eine kompetitive Regulation des Lohnverhältnisses zum Leitbild der EU, das sich in der Ausrichtung der konkreten Krisenbearbeitung manifestierte. Während sich die Regulation des Lohnverhältnisses auf EU-Ebene bis dahin in symbolischen Empfehlungen erschöpfte, wurden nun Mechanismen, Prozesse und Institutionen geschaffen, die die Arbeitspolitik der Mitgliedsstaaten überwachten und Abweichungen von einer wettbewerbsorientierten Lohnpolitik sanktionierten (Syrovatka 2022a: 371ff.). Im Zentrum des neu geschaffenen arbeitspolitischen Komplexes steht das Europäische Semester, das mithilfe unterschiedlicher Instrumente eine permanente Überwachung, Koordinierung und Disziplinierung der nationalen Arbeitspolitiken gewährleistet (Syrovatka 2021). Flankiert wurde das Europäische Semester durch die Politiken der EZB und der Troika von EZB, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds (beziehungsweise in den

letzten Jahren der Quadriga unter Einschluss des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die in der Krise mit interventionistischen Kompetenzen ausgestattet wurden, um direkt (Troika/Quadriga) oder indirekt (EZB) in die nationalen Lohnverhältnisse einzugreifen und ihre strukturelle Regulation zu verändern. Durch die Etablierung und die flexible Verkopplung dieser Instrumente im Zuge der Eurokrise kam es zu einer direkten und indirekten Kompetenzverlagerung von der nationalen auf die europäische Ebene, wodurch auf europäischer Ebene ein arbeitspolitisches Korsett definiert und die kompetitive Anpassung nationaler Regulationsstrukturen erzwungen wurde.

Zudem konnte in der Eurokrise ein grundlegender Paradigmenwechsel in der Regulation des Geldverhältnisses des Eurokapitalismus beobachtet werden. War die Europäische Zentralbank – als zentrale Regulationsinstanz des Geldverhältnisses in der Eurozone – vor der Eurokrise fest auf eine monetaristische und ordoliberalen Geldpolitik verpflichtet, veränderte sich ihre Operationsweise seit 2009 grundlegend. Wie kaum eine andere europäische Institution erweiterte die EZB in der Eurokrise ihr politisches Mandat, ihre Regelungskompetenzen und geldpolitischen Gestaltungsspielräume (Heinrich 2019). Bereits zu Beginn der Eurokrise gab sie ihre restriktive Geldpolitik auf und ging dann zu einer zunehmend expansiven Geldpolitik über, die durch einen massiven Aufkauf von Staatsanleihen der Krisenländer unterstrichen wurde. Unvergessen bleibt dabei die Versicherung des damaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi, alles Notwendige zu tun (»whatever it takes«), um den Euro zu erhalten. Um die Eurozone als Ganzes zu stabilisieren und eine erneute Bankenkrise zu verhindern, verfolgte die EZB ein aktives Liquiditätsmanagement und agierte mehrfach als Lender of Last Resort. Andererseits weigerte sie sich, gegenüber der SYRIZA-Regierung in Griechenland als solcher zu fungieren, um den Druck für eine Weiterführung des Reform- und Sparprogrammes im Rahmen der Troika zu erhöhen (Varoufakis 2017). Vor diesem Hintergrund kann von einer grundlegenden Rekonfiguration des Geld- und Kreditverhältnisses durch ein diskretionäres, »pragmatisches Central Banking« (Bieling/Heinrich 2015: 32) gesprochen werden – ein geldpolitischer Kurs, der auch in der Corona-Pandemie fortgesetzt wurde. Zwar darf die EZB aufgrund des in den EU-Verträgen festgeschriebenen Verbots monetärer Staatsfinanzierung Mitgliedsstaaten nicht unmittelbar durch den Erwerb ihrer Staatsanleihen refinanzieren. In den letzten Jahren umging und unterhöhlte die EZB dieses Verbot der monetären Staatsfinanzierung allerdings durch die Käufe von Staatsanleihen über den sogenannten Sekundärmarkt, das heißt durch den Erwerb von anderen Marktteilnehmern. Dadurch wurde auch der disziplinierende Druck der Finanzmärkte auf die öffentlichen Haushalte in einer Reihe von Ländern gemildert (Ojala 2021).

Die »lockere Geldpolitik« wurde sukzessive ausgeweitet, etwa durch die bis heute anhaltende Senkung des Leitzinses auf null Prozent 2016 und das Anleihekaufprogramm PEPP. Dementsprechend stieg die Bilanzsumme des Eurosystems nach unseren Berechnungen von 16,3 Prozent des BIP der Eurozone 2007 auf 69,9 Prozent 2021.

Allerdings hat die lockere Geldpolitik eine Reihe von Nebeneffekten, die ihrerseits weitere Krisenmomente erzeugen oder verschärfen. Angesichts der seit Jahren negativen Realzinsen bedeutet die Nullzinspolitik nichts anderes als einen Anreiz, Ersparnisse in höher rentierliche, das heißt riskantere Anlageformen zu investieren. Die Aufblähung der Aktienmärkte, der massive Anstieg von Mieten und Immobilienpreisen sowie die Popularisierung hochspekulativer Finanzinstrumente (Optionen, NFT, Kryptowährungen usw.) sind eine direkte Folge der geldpolitischen Akkommodierung der EZB und damit der veränderten Regulation des Geldverhältnisses. Dies verweist auf die Notwendigkeit anderer Formen der Krisenbearbeitung jenseits der Geldpolitik, namentlich einer stärkeren Rolle der Fiskalpolitik. Schon in der Eurokrise wurden mit der Europäischen Finanzstabilisierungfazilität (EFSF) und dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) zunächst temporäre und dann mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) dauerhafte Instrumente jenseits der Geldpolitik im engeren Sinne geschaffen, um der Zahlungsunfähigkeit von Mitgliedstaaten entgegenzuwirken. Diese Instrumente ermöglichten im Grunde, die Verschuldung von Mitgliedstaaten durch die Vergemeinschaftung von Kreditrisiken weiter auszudehnen. Allerdings blieben diese Instrumente sehr begrenzt, da die Kreditgewährung der Mitgliedstaaten untereinander an strikte Konditionalitäten gebunden wurde, das heißt an die Umsetzung einer Austeritätspolitik, die die krisendämpfende Wirkung dieser Instrumente wieder zunichtemachte (Bieling 2013). Eine weitergehende Vergemeinschaftung der Kreditaufnahme etwa durch »Eurobonds« oder eine stärkere fiskalpolitische Rolle der Europäischen Kommission wurde von den Regierungen Deutschlands und einer Reihe weiterer Länder bis zur Coronakrise strikt abgelehnt (Schneider/Syrovatka 2019).

5. Aktuelle Brüche im Regulationsmodus

Auch die Bearbeitung der Eurokrise brachte wiederum neue Widersprüche und Krisentendenzen hervor. Aktuell werden vor diesem Hintergrund – beschleunigt durch die Pandemie – abermals weitreichende Umbrüche in der Regulationsweise angestoßen. Zunächst erwies sich die Bearbeitung der Eurokrise als ungeeignet, den tieferliegenden Ursachen der ungleichen Entwicklung in der EU und WWU effektiv entgegenzuwirken, auch wenn die

wirtschaftliche Divergenz der Mitgliedsstaaten im europäischen Elitendiskurs als Problem durchaus benannt und anerkannt wurde. Zwar gingen die Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen in der WWU aufgrund des krisen- und austeritätsbedingten Einbruchs der Nachfrage in der südeuropäischen Peripherie zurück. Die ungleiche Entwicklung der Produktionsstrukturen, insbesondere die starke Konzentration komplexer Industrieproduktion auf das deutsche Produktionssystem und die um dieses gruppierten Zulieferökonomien bei gleichzeitiger Deindustrialisierung großer Teile Südeuropas (Becker/Jäger 2012), blieb jedoch bestehen – schlimmer noch: sie verschärfte sich sogar (Gräbner u.a. 2017; Sablowski u.a. 2018). Vieles deutet darauf hin, dass die Pandemie diese Polarisierung abermals beschleunigt (Gräbner u.a. 2020). Bisher wird die ungleiche Entwicklung durch die expansive Geldpolitik der EZB verdeckt, allerdings produziert dies ein grundlegendes Dilemma, das in diesen Tagen offensichtlich wird: Da die Reduzierung der Anleihekäufe die Gefahr einer neuerlichen Schuldenkrise erhöht, ist die EZB zunehmend eingeschränkt, die Inflationsrate geldpolitisch zu steuern und sich den globalen Dynamiken anzupassen.

Hinzu kommt, dass die Eurokrise und ihre Bearbeitung die sozialen, regionalen und gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen beschleunigt und zu einer Verdichtung politisch-ideologischer Konflikte geführt haben (Bieling 2017). Diffuse und klassenübergreifende Bewegungen sind entstanden, die sich in einer Ablehnung des politischen Systems sowie in einer generellen Skepsis gegenüber Medien und Wissenschaft äußern (Becker/Dörre 2019). Sie finden ihren parteipolitischen Ausdruck im Aufstieg autoritär-populistischer und national-chauvinistischer Formationen sowie in einer Umwälzung der nationalen Parteiensysteme (vgl. Demirović 2018). Alte sozialdemokratische Parteien versanken – wie in Griechenland oder Frankreich – in der Bedeutungslosigkeit, während in fast allen EU-Staaten autoritär-populistische und rechtsradikale Parteien in die Parlamente und teilweise auch in Regierungsverantwortung kamen. Ihnen gelingt es, das gesellschaftliche Unbehagen aufzugreifen, zu verdichten und in einer nationalistischen und gegen die EU gerichteten Rhetorik zu artikulieren. Diese »Krise der Politik« (Bieling 2018) in den Nationalstaaten wirkt auch auf den Integrationsprozess zurück, der nicht selten als Ursache und Wurzel sozialer Spaltung und kompetitiver Transformation wahrgenommen wird. Der offene Bruch mit zentralen Elementen formaler Demokratie in Zuge der Krisenbearbeitung hat das Vertrauen in die EU nachhaltig erschüttert und die Skepsis gegenüber ihren Institutionen vergrößert. Die Erosion des permissiven Konsenses seit dem Binnenmarktprojekt ist vielfach in eine offene Ablehnung des gesamten Integrationsprozesses umgeschlagen.

Die Krise der Politik schränkt darüber hinaus die politische Handlungsfähigkeit der EU akut ein. Einerseits ist die notwendige weitreichende Änderung der europäischen Verträge quasi ausgeschlossen, da diese von allen Regierungen einstimmig beschlossen und in einigen Ländern durch eine Volksabstimmung ratifiziert werden müsste. Andererseits werden alternative Integrationswege durch rechte Regierungsbeteiligungen und den Wahlerfolg rechtsradikaler Parteien bei den Europawahlen 2019 zunehmend blockiert. Zwar blieben die informellen Foren europäischer Politikformulierung bisher weitgehend unberührt, allerdings geraten durch das zunehmende Gewicht rechter Akteure in Rat und Parlament die formellen Politikformulierungsprozesse unter Druck. Die Konflikte zwischen den EU-Institutionen und den Regierungen Polens und Ungarns beziehungsweise zwischen dem EuGH und den nationalen Verfassungsgerichten um das letztinstanzliche Entscheidungsrecht sind Ausdruck dessen. Zudem treiben rechte Kräfte – trotz strategischer Anpassungen in einigen Ländern wie Italien – nach wie vor die Desintegration der EU durch die Forderung bzw. Diskussion über einen Austritt aus der EU voran, jüngst etwa die Orbán-Regierung in Ungarn.

Diese Konstellation wird von globalen Entwicklungs- und Krisentendenzen überlagert. Die Folgen der Klimakatastrophe treten immer häufiger und deutlicher zutage, Kipppunkte im Klimasystem drohen überschritten zu werden oder wurden es bereits (Lenton u.a. 2019). Zugleich zeichnet sich mit dem Aufstieg Chinas im Weltsystem eine neue Phase geopolitischer Konkurrenz ab – mit weitreichenden Folgen für die EU. Europäische Unternehmen sind einerseits vom chinesischen Markt abhängig, haben aber andererseits kein Interesse daran, dass ihnen dort neue Konkurrenten erwachsen. Der Protektionismus der Trump-Administration hat dieses Dilemma noch verschärft. In Bereichen wie dem der künstlichen Intelligenz und Big Data, in denen vor allem US-amerikanische und chinesische Unternehmen dominieren, droht die EU zudem den Anschluss zu verlieren, was auf längere Sicht zu ihrem Abstieg in der internationalen Arbeitsteilung führen könnte (EFI 2022; Riecke 2019: 10).

Vor diesem Hintergrund lassen sich aktuell mehrere Verschiebungen in der asymmetrischen europäischen Regulation beobachten. Erstens können spätestens seit 2017 erhebliche Anstrengungen der EU-Kommission im sozial- und arbeitspolitischen Feld beobachtet werden, die zwar bisher nicht zu einem Paradigmenwechsel, aber zu einem neuen Narrativ in der europäischen Politik geführt haben. Insbesondere die Revision der Entsenderichtlinie, die Initiative für angemessene Mindestlöhne in der EU und zuletzt das EU-Kurzarbeitsprogramm SURE deuten darauf hin, dass den Desintegrationstendenzen in der EU durch eine stärkere Betonung ihrer sozialen Dimension begegnet werden soll. Während mit dem SURE-Programm ein effektives,

wenn auch zeitlich befristetes, Distributionsinstrument geschaffen wurde, um die nationalen Arbeitslosenversicherungen in der Pandemie zu stabilisieren, zielen die anderen beiden Initiativen darauf ab, die innereuropäische Lohnkonkurrenz zu dämpfen und zugleich die soziale Kohäsion in der EU zu stärken. Mit der Revision der Entsenderichtlinie wurde versucht, das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort« zu verankern. Der aktuelle Entwurf der Mindestlohnrichtlinie zielt darauf, eine Form der Armutsprävention auf EU-Ebene zu etablieren.

Beide Initiativen basieren auf einem grundlegend anderen Verständnis des Lohnverhältnisses, als es noch in der Eurokrise in den europäischen Institutionen vorherrschend war (Syrovatka 2022a: 437ff.). Insbesondere mit der Initiative für angemessene Mindestlöhne hat die Kommission einen sozialpolitischen Vorstoß gewagt, der in dieser Form bisher undenkbar war und eine wirkliche Stärkung der sozialen Dimension darstellen würde (Schulten/Müller 2021). Allerdings zeigen die nationale Umsetzung der Entsenderichtlinie und die aktuellen Verhandlungen über die Mindestlohnrichtlinie, dass die Initiativen der Kommission bisher weitgehend ins Leere liefen. Während die Mitgliedstaaten derzeit darauf drängen, den Kommissionsentwurf der Mindestlohnrichtlinie zu verwässern und abzuschwächen, ist die Umsetzung der Entsenderichtlinie in den Mitgliedsstaaten – insbesondere in Deutschland – bisher hinter den regulatorischen Möglichkeiten der Richtlinie zurückgeblieben.

Zweitens zeichnet sich eine Verschiebung bei der Fiskalpolitik in der EU ab. Dies betrifft nicht allein die vorübergehende Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Anders als die Eurokrise wurde die Coronakrise – zumindest bislang – nicht austeritätspolitisch bearbeitet. Vielmehr wurde der pandemiebedingte Wirtschaftseinbruch durch umfangreiche Stützungs- und Konjunkturprogramme abgefedert – auch in der südeuropäischen Peripherie. Neben der Anleihekaufpolitik der EZB ermöglichte dies vor allem der sogenannte europäische Wiederaufbaufonds (NextGenerationEU). Dieser erlaubt es der EU-Kommission erstmals, sich in großem Umfang zu verschulden und einen großen Teil dieser Mittel an die am härtesten von der Coronakrise betroffenen südeuropäischen Mitgliedsländer zu transferieren (Watzka/Watt 2020). Beides – eine eigenständige Verschuldung der EU und ein Transfermechanismus – lag noch vor wenigen Jahren weit jenseits der roten Linie für weite Teile des deutschen Machtblocks. In der Coronakrise und angesichts eines drohenden Zerfalls der Währungsunion, insbesondere ausgehend von einem drohenden »Italexit«, kam es jedoch zu einer strategischen Neubestimmung: Das Ziel, die EU und den Euro in der wachsenden Konkurrenz mit den USA und China zusammenzuhalten, wurde über die Aufrechterhaltung ordoliberaler Prinzipien in der WWU gestellt (Schneider 2021) – ganz im

Sinne des in der eingangs erwähnten Bertelsmann-Studie dokumentierten überragenden Wunsches deutscher Unternehmen, die »Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union« in der aktuellen Konstellation zu stärken (Bertelsmann-Stiftung 2020: 49). Die Stärkung der fiskalpolitischen Kapazität der EU bleibt jedoch begrenzt, weil es sich bei der Emission von Gemeinschaftsanleihen bisher um eine einmalige, krisenbedingte Maßnahme handelt. Eine regelmäßige Ersetzung auslaufender Gemeinschaftsanleihen durch neue ist nicht geplant, das heißt die Schulden sollen wieder abgetragen werden. Weil hierfür ansonsten andere EU-Programme gekürzt oder die nationalen Beiträge erhöht werden müssten, könnte NextGenerationEU trotz seines einmaligen Charakters in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dazu führen, dass der Europäischen Kommission verstärkt die Möglichkeit eingeräumt wird, eigene Finanzquellen zu erschließen.

Drittens zeichnet sich eine Verschiebung in der Regulation des Konkurrenzverhältnisses durch einen Paradigmenwechsel in der Industrie- und Wettbewerbspolitik der EU im Zeichen von Klimakrise und neuer geopolitischer Konstellation ab. Mit dem European Green Deal (EGD) und dem Fit for 55-Paket hat die EU ihre Emissionsreduktionsziele deutlich verschärft: Sie strebt eine Klimaneutralität bis 2050 und eine Senkung der Emissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 an. Beide Initiativen bündeln hierzu verschiedene Maßnahmen wie die Ausweitung des Emissionshandelssystems, den Grenzausgleichsmechanismus oder Strategien zur Kreislaufwirtschaft und für nachhaltige Flugtreibstoffe. Das Fit for 55-Programm und der EGD als neue Wachstumsstrategie der EU bleiben dem Ansatz der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus verhaftet (Haas/Jürgens 2021). Mit Demirović (2012: 62) gesprochen wird damit einmal mehr »das Unmögliche versucht, nämlich ein nachhaltigkeitsorientiertes Naturverhältnis mit der Akkumulationsdynamik des Kapitals zu vereinbaren«. Zudem sind die bislang eingesetzten Mittel eindeutig unzureichend, obwohl die finanzielle Schlagkraft des EGD durch die Verzahnung mit dem NextGenerationEU-Programm gestärkt wurde. Dennoch konturiert sich um diese Initiativen ein ernst gemeintes Transformationsprojekt: Sektoren wie Energie, Industrie und Mobilität sollen weitreichend dekarbonisiert werden. Dazu werden – unter sukzessiver Aushöhlung des EU-Beihilfenrechts durch Ausnahmegenehmigungen für sogenannte Important Projects of Common European Interest (IPCEIs) – umfangreiche öffentliche Förderungen in strategische Bereiche wie den Aufbau einer eigenständigen europäischen Batteriezellenproduktion oder einer Wasserstoffwirtschaft gelenkt. Dies kommt jedoch überwiegend etablierten Großkonzernen zugute – ein Transformationsprojekt also, das die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Sinne einer »passiven Revolution«

(Gramsci) weitgehend untransformiert lässt und den Beginn einer grün-kapitalistischen Entwicklungsweise markieren könnte (Brand 2020). Getragen wird dieses Transformationsprojekt jedoch weniger von einer klimapolitischen als von einer geopolitischen Logik: Um die »strategische Autonomie« der EU zu verteidigen oder wieder zu gewinnen, sollen durch strategische Industriepolitik Schlüsseltechnologiebereiche in der EU aufgebaut oder behauptet, somit die »digitale Souveränität« der EU gestärkt und eigene Infrastrukturprojekte angestoßen werden. Hierzu wird auch eine Aufweichung des EU-Wettbewerbsrechts als wichtige Säule der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise in Kauf genommen: Angesichts der sich zuspitzenden Konkurrenz mit den USA und China drängen insbesondere die Machtblöcke Frankreichs und Deutschlands auf eine »Flexibilisierung« der EU-Fusionskontrolle, um Europäische Großkonzerne in der Weltmarktkonkurrenz zu bilden, auf eine Lockerung des EU-Beihilferechts, um Industriellianzen in strategischen Technologiebereichen mit umfangreichen Subventionen aufzubauen, sowie insgesamt auf eine wettbewerbspolitische Schwächung der Kommission, um Spielräume für strategische Industriepolitik zurückzugewinnen (Schneider 2020; Syrovatka 2021).

Diese Verschiebungen stellen durchaus deutliche Brüche in der neoliberalen Integrations- und Regulationsweise dar: Mit Blick auf das Lohnverhältnis können auf EU-Ebene Versuche beobachtet werden, die bestehende kompetitive Ausrichtung zu dämpfen oder gar zu korrigieren. Die Aussetzung des SWP, die Anleihekäufe der EZB sowie die Investitionen aus dem Wiederaufbaufonds stehen in deutlichem Kontrast zur Disziplinierung der nationalstaatlichen Haushaltspolitik, wie sie in der ursprünglichen Architektur der WWU angelegt war, und der austeritätspolitischen Bearbeitung der Eurokrise. Ob die aktuelle Diskussion über eine Reform des SWP zu weiteren Verschiebungen führen wird, bleibt abzuwarten. Der industrie- und wettbewerbspolitische Paradigmenwechsel im Namen von Dekarbonisierung und strategischer Autonomie wiederum stellt mit dem Wettbewerbs- und Beihilfenrecht einen wichtigen Eckpfeiler der neu-konstitutionalistischen Architektur der europäischen Wirtschaftsintegration seit den 1980er-Jahren in Frage. Der Versuch, mit grün-kapitalistischen Strategien eine Antwort auf die ökologische und Klimakrise im Sinne der herrschenden Kräfte zu finden, ist eine wichtige Triebkraft hinter diesen Verschiebungen. Der Begriff des grünen Kapitalismus (Brand 2020) erfasst insofern eine zentrale Tendenz der skizzierten Verschiebungen. Sie sind jedoch zugleich auch dadurch motiviert und geprägt, die strategische Autonomie und insbesondere die digitale Souveränität der EU in einer neuen Ära der geopolitischen Konkurrenz und Produktivkraftentwicklung (Künstliche Intelligenz, Big Data) zu erhalten oder zurückzuer-

langen. Die Wirkung des Kriegs in der Ukraine auf diese Entwicklungen ist, soweit es sich derzeit (März 2022) absehen lässt, ambivalent: So wird einerseits das Ziel der strategischen Autonomie nun auch mit Blick auf die Abhängigkeit von Energieimporten offensiv vorangetrieben, andererseits könnte an die Stelle der Abhängigkeit von russischem eine stärkere Abhängigkeit von US-amerikanischem Öl und Gas treten. Das zunächst vor allem durch die Politik der Trump-Administration motivierte Projekt der »strategischen Autonomie« der EU könnte auch wieder durch die engere Bindung an die USA im Rahmen der westlichen Allianz in den Hintergrund treten.

6. Umriss einer neuen Entwicklungsweise?

Wie die Regulationstheorie verdeutlicht hat, folgte historisch mehrfach auf eine große Krise eine neue Entwicklungsweise des Kapitalismus. Diese Erkenntnis mag dazu beigetragen haben, Erwartungen an ein baldiges Ende der neoliberalen Regulations- und Integrationsweise zu nähren. Auch dieses Mal könnten sich entsprechende Prognosen als vorschnell erweisen. Die neuen arbeits- und sozialpolitischen Initiativen zielen womöglich lediglich auf die Absicherung der neoliberalen Integrationsweise gegen politische Fliehkräfte (vgl. Syrovatka 2022b). Die fiskalpolitischen Verschiebungen könnten sich als vorübergehend entpuppen, wenn im kommenden Jahr ein reformierter und damit womöglich durchsetzungsfähigerer SWP eine Rückkehr zur fiskalpolitischen Konsolidierung einleitet. Und bei dem EGD und der strategischen Industriepolitik handelt es sich vielleicht lediglich um eine Fortsetzung der Logik des »globalen Kampfes um Standort- und Wettbewerbsvorteile« (Fisahn 2019), wenn auch mit anderen Mitteln.

Allerdings ermöglicht der Regulationsansatz durch seine Sensibilität gegenüber Widersprüchen kapitalistischer Akkumulation auch kleinere Veränderungen im Regulationsmodus zu identifizieren und dadurch auch frühzeitig tiefgreifende Verschiebungen zu erkennen. Wir haben versucht, deutlich zu machen, dass es in den verschiedenen Feldern europäischer Regulation zu teils erheblichen Veränderungen gekommen ist und zuvor fest verankerte Überzeugungen in Bewegung geraten. Dabei scheinen die wesentlichen Veränderungsimpulse von globalen Veränderungen des Kapitalismus auszugehen, die mit den Dimensionen der Digitalisierung, des Klimawandels und der geopolitischen Verschiebungen durch den Aufstieg Chinas schlagwortartig zusammengefasst werden können. Diese Herausforderungen initiieren neue Konflikte und Spaltungslinien innerhalb der herrschenden Machtblöcke, die sich nicht nur in einer Vielzahl strategischer Studien und Positionspapiere organischer Intellektueller wie der eingangs erwähnten widerspiegeln, sondern

eben auch als Resultat der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch Verschiebungen in verschiedenen Regulationsbereichen materialisieren.

Ob sich aus diesen Verschiebungen eine neue Entwicklungsweise des Kapitalismus herausbildet oder ob es sich vielmehr um Strategien handelt, die aktuelle Regulations- und Integrationsweise durch partielle Modifikationen und pragmatische Stabilisierung in ihrem Kern zu erhalten, lässt sich zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht beantworten. Wenn man so will, befinden wir uns derzeit in der »Dunkelphase« des stroposkopischen Effekts; die gesellschaftlichen Entwicklungen sind in hohem Maße kontingent. Die COVID-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben eine offene historische Situation geschaffen, in der zuvor fest verankerte Überzeugungen und Institutionen zur Disposition gestellt werden können. Der postfordistische Kapitalismus war bereits seit den 1970er-Jahren durch eine Abfolge und Überlagerung verschiedenster Krisen gekennzeichnet, die die regulationstheoretische Unterscheidung zwischen Krisen und durch kohärente Entwicklungsweisen geprägten Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung in Frage gestellt haben (Demirović 2011: 2021). Die gegenwärtige Situation ist durch eine derartige Kumulation krisenhafter Entwicklungen gekennzeichnet, dass der Begriff der Krise fast schon verharmlosend wirkt. Demirović (2021: 58ff.) hat nahegelegt, dass es angesichts des drohenden Kollapses der Ökosysteme und des möglichen Untergangs der menschlichen Zivilisation angemessener wäre, von einer Höllenfahrt zu sprechen.

Angesichts der aktuellen globalen Probleme und der existenziellen Krise der EU wirken die diversen Initiativen innerhalb der EU-Politik wie die Aussetzung des SWP oder die Einigung auf das NextGenerationEU-Programm eher wie Versuche, Zeit zu gewinnen. Sie verweisen zugleich auf heftige Konflikte innerhalb der herrschenden Klassen. In dieser offenen Situation sind auch progressive Interventionen möglich, um Bausteine für eine alternative Regulation der gesellschaftlichen Verhältnisse auf europäischer Ebene zu verankern. Es geht dabei nicht nur um die zukünftige Ausrichtung des Prozesses der europäischen Integration, sondern auch um die Frage, ob und wie die kapitalistischen Verhältnisse reproduziert oder überwunden werden, ob und wie die menschliche Zivilisation angesichts der Klimakatastrophe, des Artensterbens und der wieder wachsenden Atomkriegsgefahr erhalten werden kann.

Literatur

- Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*. London.
- Becker, Joachim / Jäger, Johannes (2012): *Integration in Crisis: A Regulationist Perspective on the Interaction of European Varieties of Capitalism*. In: *Competition and Change* 16(3): 169-87. DOI: <https://doi.org/10.1179/1024529412Z.00000000012>.

- Becker, Karina / Dörre, Klaus (2019): Völkisch populism: a Polanyian-type movement? In: Atzmüller, Roland u.a. (Hg.): *Capitalism in transformation. Movements and countermovements in the 21st century*. Cheltenham: 152-168. DOI: <https://doi.org/10.4337/9781788974240.00017>.
- Bertelsmann-Stiftung (2020): *Globalisierungsszenarien. Herausforderungen und Handlungsoptionen aus Sicht der deutschen Wirtschaft. Mit Unterstützung des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Gütersloh*.
- Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hg.) (2000): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*. Münster.
- Bieling, Hans-Jürgen (2013): Das Projekt der Euro-Rettung und die Widersprüche des europäischen Krisenkonstitutionalismus. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 20(1): 89-103. DOI: <https://doi.org/10.5771/0946-7165-2013-1-89>.
- / Heinrich, Mathis (2015): Central Banking in der Krise. Die Transformation der Europäischen Zentralbank im Finanzkapitalismus. In: *Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik* 34(2): 25-36.
 - (2017): Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa. Umriss einer gesellschaftstheoretischen Erklärung. In: *WSI-Mitteilungen* 70(8): 557-565. DOI: <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2017-8-557>.
 - (2018): Die »Krise der Politik« als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverschiebungen und neuer Konfliktlinien. In: *Das Argument* 328 60(4): 492-501.
 - / Guntrum, Simon (Hg.) (2019): *Neue Segel, alter Kurs? Die Eurokrise und ihre Folgen für das europäische Wirtschaftsregieren*, Wiesbaden. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-25037-9_2.
- Brand, Ulrich (2020): *Umkämpfter Green Deal. Strategien gegen einen autoritären Grünen Kapitalismus. Für ein linkes Verständnis von Freiheit*. In: *Sozialismus* Nr. 7/8: 2-6.
- Demirović, Alex u.a. (Hg.) (1992): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*. Münster.
- Demirović, Alex (1992): *Regulation und Hegemonie. Intellektuelle, Wissenspraktiken und Akkumulation*. In: Demirović u.a. (1992): 128-157.
- (2000): Erweiterter Staat und europäische Integration. Skizzenhafte Überlegungen zur Frage, ob der Begriff der Zivilgesellschaft zur Analyse der Veränderung von Staatlichkeit beitragen kann. In: *Bieling/Steinhilber 2000*: 51-72.
 - (2003): Stroboskopischer Effekt und die Kontingenz der Geschichte. Gesellschaftstheoretische Rückfragen an die Regulationstheorie. In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.) (2003): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster: 43-57.
 - u.a. (Hg.) (2011): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg.
 - (2012): *Marx Grün. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisieren*. In: *LuXemburg* Nr. 3: 60-70.
 - / Sablowski, Thomas (2013): *Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa*. In: Atzmüller, Roland u.a. (Hg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*. Münster 2013: 187-238.
 - (2018): *Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie*. In: *PROKLA* 190 48(1): 27-42. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.30>.
 - (2021): *Out of joint. Wie die gesellschaftliche Entwicklung in Zeiten der Pandemie begreifen?* In: Demirović u.a. (2021): 45-65.
 - u.a. (2021): *Das Chaos verstehen. Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona?* Hamburg.
- Dörr, Julian (2017): *Die europäische Kohäsionspolitik. Eine ordnungsökonomische Perspektive*. Oldenburg. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110482768>.
- Eberhardt, Pia (2012): *Lobbyismus und europäische Postdemokratie. Einblick in den EU-Staats-Zivilgesellschafts-Komplex im Kontext der Krise*. In: *Forschungsgruppe Staatsprojekt*

- Europa (Hg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Münster: 105-122.
- EFI – Expertenkommission Forschung und Innovation (2022): Gutachten zu Forschung, Innovation und Technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands. Berlin.
- Europäische Kommission (COM) (2012): Labour Market Developments in Europe. Luxemburg.
- Gill, Stephen (1998): European Governance & New Constitutionalism: EMU & alternatives to disciplinary neo-liberalism in Europe, in: *New Political Economy* 3 (1): 5-26. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563469808406330>.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hg. v. Wolfgang Fritz Haug / Klaus Bochmann, 10 Bände. Hamburg.
- Gräbner, Claudius u.a. (2017): Is Europe disintegrating? Macroeconomic divergence, structural polarization, trade and fragility. Linz.
- u.a. (2020): Pandemic pushes polarisation: the Corona crisis and macroeconomic divergence in the Eurozone. In: *Journal of Industrial and Business Economics* 47(3): 425-438. DOI: <https://doi.org/10.1007/s40812-020-00163-w>.
- Heinrich, Mathis (2019): Das (un)heimliche Zentrum der Macht – Zum Wandel der Europäischen Zentralbank in der Krise. In: Bieling/Guntrum (2019): 61-81. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-25037-9_3.
- Holman, Otto (2004): Asymmetrical Regulation and Multidimensional Governance in the European Union. In: *Review of International Political Economy* 11(4): 714-735. DOI: <https://doi.org/10.1080/0969229042000279775>.
- Höpner, Martin / Lutter, Mark (2018): The diversity of wage regimes: why the Eurozone is too heterogeneous for the Euro. In: *European Political Science Review* 10(1): 71-96. DOI: <https://doi.org/10.1017/S1755773916000217>.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«. In: *PROKLA* 58 15(1): 109-138. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v15i58.1158>.
- (1998): Nach dem Ende des »Goldenen Zeitalters«. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Ausgewählte Schriften. Hg. v. Hans-Peter Krebs. Hamburg.
- Ojala, Markus (2021): Doing Away with the Sovereign: Neoliberalism and the Promotion of Market Discipline in European Economic Governance, in: *New Political Economy* 26(1): 203-215. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563467.2020.1729714>.
- Poulantzas, Nicos (1975): Klassen im Kapitalismus heute. Westberlin.
- Riecke, Torsten (2019): Die Aufholjagd. In: *Handelsblatt*, 15.4.2019: 10.
- Robinson, William I. (2004): *A Theory of Global Capitalism. Production, Class, and State in a Transnational World*. Baltimore.
- Röttger, Bernd (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes. Münster.
- Sablowski, Thomas (2021): Von der globalen Finanzkrise zur Corona-Krise. Kontinuitäten und Brüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft. In: Demirović u.a. (2021): 133-154.
- / Schneider, Etienne / Syrovatka, Felix (2018): Zehn Jahre Krise. Regulation des Lohnverhältnisses und ungleiche Entwicklung in der Europäischen Union. In: *PROKLA* 192 48(3): 357-380. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i192.893>.
- Schneider, Etienne (2020): Die neue deutsche Industriestrategie und das europäische Wettbewerbsrecht. Zur politischen Ökonomie eines umkämpften Paradigmenbruchs. In: *Kurswechsel* (4): 27-38.
- (2021): Der EU-Wiederaufbau. Eine europapolitische Wende des deutschen Machtblocks? In: Dalhoff, Maria u.a. (Hg.): *Work in Progress. Doktorand*innen-Jahrbuch 2021 der Rosa-Luxemburg-Stiftung*. Hamburg: 80-95.
- Schneider, Etienne / Syrovatka, Felix (2019): Die Europäische Wirtschaftsunion zwischen Vertiefung und Desintegration. Blockade und wachsende Asymmetrie zwischen Deutschland

- und Frankreich. In: Bieling/Guntrum (2019): 21-59. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-25037-9_2.
- Schulten, Thorsten (2004): Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften. Hamburg.
- / Müller, Torsten (2021): A paradigm shift towards Social Europe? The proposed Directive on adequate minimum wages in the European Union. In: Italian Labour Law E-Journal 14(1): 1-19. DOI: <https://doi.org/10.6092/ISSN.1561-8048/13368>.
- Stützle, Ingo (2013): Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise. Münster.
- Syrovatka, Felix (2021): The emergence of a New European Labour Policy regime: Continuity and change since the euro crisis. Continuity and Change since the Euro Crisis. In: Competition & Change: Online First. DOI: <https://doi.org/10.1177/10245294211031051>.
- (2022a): Neue Europäische Arbeitspolitik. Umkämpfte Integration in der Eurokrise. Frankfurt/M./New York.
 - (2022b): Stabilisierung statt Paradigmenwechsel. Zur sozialen Offensive der EU seit 2017. In: PROKLA 206 52(1): 119-140. DOI <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i206.1962>.
- Van der Pijl, Kees (1984): The Making of an Atlantic Ruling Class. London.
- Varoufakis, Yanis (2017): Die ganze Geschichte. Meine Auseinandersetzung mit Europas Establishment. München.
- Wissel, Jens (2015): Staatsprojekt Europa. Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union. Münster.
- Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Münster.



DIE ROTE HILFE
1.2022

ANFANG DER ROTE HILFE E.V. | 1 € EURO | 14. JANUAR 2022 | 1 € EURO | 14. JANUAR 2022

Schwerpunkt 1/2022: Repression gegen Frauen/Frauenkämpfe

**Erhältlich auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de